



Mit dem Jahreswechsel 1953/54 standen beim *Rheinischen Ärzteblatt* einige Neuerungen an. So bekam das Ärzteblatt einen Deckel und einen Rücken aus festem, blauen Papier. Die Titelseite mit Namen und Inhaltsangabe wurde überwiegend von Anzeigenwerbung belegt. So begrüßte die Januarausgabe ihre Leser mit „Tussipect Tropfen mit Codein“ und „Stadaneurin“. Insgesamt nahm die Werbung zu, wobei sich das Verhältnis zwischen Anzeigen und redaktionellem Teil nur leicht veränderte, da der Umfang der Ärzteblätter im Jahr 1954 stark anstieg. Im Schnitt kamen die Hefte auf durchschnittlich 25,7 Seiten pro Ausgabe. Davon waren rund 8 Seiten mit Werbung belegt. Das entspricht circa 30 Prozent. In aktuellen Hefen nimmt Werbung rund zehn Prozent des Platzes ein.

Die Januarausgabe 1954 könnte als Schwerpunktheft „Geld spezial“ beschrieben werden. Die bis dato vorherrschende Einstellung vieler Ärzte „Über Geld spricht man nicht, Geld hat man!“ habe mit dazu beigetragen, „daß die Ärzteschaft stetig mehr und mehr gegenüber anderen Ständen und Schichten wirtschaftlich und sozial gesehen ins Hintertreffen geriet“, wie

der Verfasser namens Lukan formulierte. Es sei höchste Zeit, dass sich Ärzte mit Finanzfragen beschäftigten. „Der Arzt braucht nicht zu befürchten, daß er in den Geruch einer merkantilen Einstellung kommt, wenn er sich mit diesen Fragen beschäftigt“, heißt es in dem Artikel. Besonders der Sinn und Zweck einer Standesbank, um den „Mangel an wirtschaftspolitischem und finanztechnischem Verständnis, der für manche Kreise der Ärzteschaft fast typisch ist“, etwas zu beseitigen.

Der geschäftsführende Arzt Dr. Hans Kehrings erläuterte die Aufgaben und Vorteile einer Standesbank für die Heilberufe. Die heutige Apotheker- und Ärztesbank ist aus dem genossenschaftlichen Zusammenschluss der Apotheker im Jahre 1902 entstanden. Daraus ging nach dem Krieg die Westdeutsche Apothekerbank e.G.m.b.H. - Bank für das Gesundheitswesen mit Sitz in Düsseldorf hervor, nachdem sich Ärzte und Zahnärzte angeschlossen hatten. Die von Kehrings beschriebenen Aufgaben finden sich teils heute noch in der Satzung der Apo-Bank wider. Sie sieht sich dem satzungsgemäßen Auftrag verpflichtet: „Die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder und insbesondere der Heilberufsangehörigen, ihrer Organisationen und Einrichtungen“, wie auf der Homepage der Apo-Bank zu lesen ist. *bre*

LANDTAG NRW

## Hoppe: Schluss mit den Marathondiensten

„Die Ausnutzung des ärztlichen Personals muss aufhören“, forderte der Präsident der Ärztekammer Nordrhein und der Bundesärztekammer, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, kürzlich bei einer Expertenanhörung im Düsseldorfer Landtag zur Anrechnung von Bereitschaftsdienstzeiten auf die Arbeitszeiten in den Krankenhäusern.

Eingeladen hatte der Gesundheitsausschuss des Landesparlaments. „Heute ist der Bereitschaftsdienst die Fortsetzung der normalen Arbeitszeit, es gibt kaum mehr Ruhezeiten wie früher“, schilderte der Kammerpräsident den Parlamentarier die Realität in den Kliniken. Hoppe verlangte, die Arbeitszeitregelungen im Krankenhaus an der Patientensicherheit und dem Gesundheitsschutz für das Personal auszurichten. Er prangerte die Millionen von nicht registrierten Überstunden an, die Ärztinnen und Ärzte im Krankenhaus leisten. Für die Ärztekammer Westfalen-Lippe forderte deren Vorstandsmitglied Dr. Rudolf Kaiser, „die ausgeprägten Mechanismen der Ausbeutung und Selbstausbeutung von Ärztinnen und Ärzten in den Kliniken“ zu durchbrechen.

Das Dilemma, in dem sich die Klinikträger befinden, machte Dr. Rudolf Kösters deutlich, bis Ende November (*zum Amtswechsel siehe auch Seite 8*) Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW). „Uns macht das auch keine Freu-

de, diese Intensität an Überstunden abzufordern“, versicherte er, „wir fühlen uns dabei überhaupt nicht gut“. Doch seien die Krankenhäuser in einer dramatischen Situation, weil sie keine Refinanzierung für „EuGH-kompatible“ Arbeitszeitmodelle erhalten. Nach Berechnungen der Krankenhausgesellschaft würden solche Modelle – einschließlich Pflege – in NRW zwischen 4.200 und 14.640 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfordern und zwischen rund 200 Millionen und 800 Millionen Euro im Jahr zusätzlich kosten.

Der Hintergrund der Anhörung: Der Europäische Gerichtshof hatte im September festgestellt, dass Bereitschaftsdienst nach der derzeit gültigen EU-Arbeitszeitrichtlinie EG/93/104 auch in Deutschland als Arbeitszeit zu werten ist. Damit sind die in Deutschland üblichen Marathondienste von normalem Dienst plus Bereitschaftsdienst illegal. Das deutsche Arbeitszeitrecht müsste somit dem Spruch der Luxemburger Richter angepasst werden.

Allerdings reagierte unterdessen EU-Kommissarin Anna Diamantopoulou auf das EuGH-Urteil mit der Ankündigung, noch im Dezember eine Neuregelung der EU-Arbeitszeitrichtlinie vorzulegen. Die Mitgliedsstaaten sollten künftig selbst entscheiden, ob sie Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit werten oder nicht, sagte die Kommissarin der „Financial Times Deutschland“.

*uma*

### Ärztliche Körperschaften im Internet

[www.aekno.de](http://www.aekno.de) Ärztekammer Nordrhein  
[www.kvno.de](http://www.kvno.de) Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein  
[www.arzt.de](http://www.arzt.de) Deutsches Ärztenetz